

Strümpel, Burkgard

Article — Digitized Version

Fehlverhalten oder Strukturkrise? Zur Stagnation der Beschäftigung und der Investitionen in den westlichen Industriegesellschaften

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Strümpel, Burkgard (1977) : Fehlverhalten oder Strukturkrise? Zur Stagnation der Beschäftigung und der Investitionen in den westlichen Industriegesellschaften, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 57, Iss. 6, pp. 284-289

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135079>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

WACHSTUMSPOLITIK

Fehlverhalten oder Strukturkrise?

Zur Stagnation der Beschäftigung

und der Investitionen in den westlichen Industriegesellschaften

Burkhard Strümpel, Berlin

In einem Punkte scheinen sich die meisten Beobachter der wirtschaftspolitischen Szene einig zu sein: Eine Erhöhung der Investitionsquote ist gleichermaßen eine Vorbedingung für einen nachhaltigen Aufschwung wie auch für einen Ausweg aus den strukturellen Schwierigkeiten. Welche Annahmen stehen hinter diesem Credo? Wo liegen seine Schwächen?

Das Vierteljahrhundert nach dem Zweiten Weltkrieg war eine Periode rapiden Wachstums, dessen Tempo einen einsamen Rekord in den Annalen der Wirtschaftsgeschichte hält. Die vorzüglichen Wünsche der Menschen nach mehr Konsum, mehr und besseren Arbeitsplätzen und mehr sozialer Sicherheit wurden weitgehend erfüllt.

Im Laufe der siebziger Jahre ist die Wirtschaft vom Musterknaben zum Sorgenkind geworden. Sie versagt vor der Aufgabe, Millionen von Arbeitssuchenden, viele offene Stellen und ungedeckte Bedürfnisse miteinander zum Ausgleich zu bringen. Sie ist auch unfähig, die Ansprüche auf eine intakte und freundliche Umwelt mit den Sachzwängen einer Wirtschaft zu vereinbaren, deren Vitalität scheinbar nur vermittels weiterer Expansion und beständigen Wandels aufrechterhalten werden kann.

Gemessen an historischen Maßstäben ist die Wirtschaft der siebziger Jahre hochproduktiv. Dennoch gelang es ihr nicht, die ihr vorgegebenen Ziele Geldwertstabilität, Wachstum und Vollbeschäfti-

gung auch nur annähernd zu erreichen. Legt man einen weiteren Zielkatalog zugrunde, so müßte das Urteil noch ungünstiger ausfallen. Die Wirtschaft enttäuscht die Erwartungen vieler Menschen; sie läßt insbesondere die Bedürfnisse nach Sicherheit und Kontinuität, nach Selbstverwirklichung am Arbeitsplatz weitgehend unbefriedigt. Es wird auch weiterhin bezweifelt, ob das gegenwärtige Produktivsystem die Grenzen respektiert, die durch die vorhandenen Rohstoffreserven und durch die Belastbarkeit der physischen Umwelt langfristig gezogen sind.

Drei Thesen

In diesem Aufsatz werden drei Thesen entwickelt:¹⁾

□ Die wirtschaftlichen Probleme von heute – Unterbeschäftigung, Inflation, niedrige Wachstums- und Investitionsraten – sind nicht so sehr konjunkturell als vielmehr strukturell begründet. Der Markt kann wichtige Aufgaben zur Zeit nicht erfüllen. Er kann z. B. nicht einmal in einer günstigen Konjunkturlage allen Arbeitswilligen Stellen verschaffen. Der Markt hat auch im Umweltbereich versagt. Die Preise für wichtige Rohstoffe und umweltbelastende Produktionen lagen lange Zeit unter den sozialen Kosten. Die plötzliche Preisexplosion für Rohstoffe und der Nach-

¹⁾ Vgl. hierzu ausführlicher: B. Strümpel: Die Krise des Wohlstands – Modell einer humanen Wirtschaft, Stuttgart 1977. Die folgenden Betrachtungen stützen sich zum Teil auf Gespräche mit führenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik, die in den vergangenen zwei Jahren vom Verfasser in der Bundesrepublik und den USA geführt wurden.

Prof. Dr. Burkhard Strümpel, 42, ist Ordinarius für Wirtschaftswissenschaften an der Freien Universität Berlin und Senior Fellow am Internationalen Institut für Umwelt und Gesellschaft, Wissenschaftszentrum Berlin.

holbedarf im industriellen Umweltschutz offenbaren fundamentale Ungleichgewichte, deren Überwindung wiederum die Kraft des Marktes übersteigt. Globalsteuerung und andere bisher verfügbare wirtschaftspolitische Strategien können die Wirkungen des Marktversagens nicht kompensieren.

□ Die charakteristische wirtschaftliche Problematik der siebziger Jahre kann mit den Denkkategorien, die sich im zweiten Jahrhundertdrittel bewährt haben, nicht verstanden werden. Diese orientierten sich an den Zielvorstellungen einer Industriewirtschaft, deren Fabriken mit rauchenden Schloten Rohstoffe, Maschinen und Arbeit in harte Güter verwandeln. Für die Industrieländer verbietet es sich, weiter auf dem Weg zu diesem Ziel fortzuschreiten. Zu erkunden ist dagegen der Weg in Richtung einer qualifizierten Dienstleistungswirtschaft, einer Wirtschaft, die in die reichlich vorhandenen menschlichen Ressourcen investiert und sich ihrer bedient, dabei aber die zunehmend knappen natürlichen Ressourcen schont.

□ Zur Zeit ist jedoch das wissenschaftliche und praktische Problemverständnis in den westlichen Industrieländern dem keynesianischen System verhaftet. Das bedeutet, daß die Höhe der Konsumnachfrage oder des Leistungsangebotes beachtet und wirtschaftspolitisch beeinflußt wird, nicht aber ihre Zusammensetzung; das aggregierte Volumen der Investitionen, nicht aber ihre Nutzung oder ihre Beschäftigungswirkungen; die Zahl der Arbeitskräfte oder Arbeitslosen, nicht aber ihre Fähigkeiten, Fertigkeiten oder Motive. Das bedeutet insbesondere, daß Anlageinvestitionen als zentrale strategische Größe bei der Verfolgung des Vollbeschäftigungs- und Wachstumsziels betrachtet werden.

Der Ruf nach Investitionen

Quer durch das politische Spektrum scheinen sich die meisten Beobachter in einem Punkt einig zu sein: Die Erhöhung der Investitionsquote ist eine Vorbedingung gleichermaßen für einen nachhaltigen Aufschwung wie auch für den Ausweg aus den strukturellen Schwierigkeiten.

Welche Annahmen stehen hinter diesem breiten politischen Konsens, der um so bemerkenswerter ist, als die Investitionsanregung bisher vor allem mittels einer Redistribution des Volkseinkommens zugunsten der Unternehmerrgewinne verfolgt wurde? Es ist insbesondere der keynesianische Gedanke der Initialzündung, der hier wieder auflebt. Diese Vorstellung verdankt ihre Popularität teilweise dem Erfolg der staatlich angeregten Investition im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit der dreißiger Jahre. Später wiesen Harrod und Domar, die Begründer der neoklassi-

schen Wachstumstheorie, darauf hin, daß Investitionen zusätzlich zu ihrer Beschäftigungswirkung auch einen Wachstumseffekt haben. Ihre Beiträge waren der Startschuß für die beherrschende Rolle, die der Kapitalbildung im wirtschaftspolitischen Denken der Nachkriegszeit zuerkannt wurde. So ist diese Denkweise lebendig, wenn Dr. Helmut Schlesinger, Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank, im Gespräch mit dem Autor höhere Investitionsquoten fordert, um die von den angeführten Strukturveränderungen ausgehende Nachfragerücke zu verringern, aber auch um den technischen Fortschritt zu sichern:

Aber im Bereich der reinen Warenproduktion brauchen wir ganz bestimmt ein höheres Investitionsvolumen, um den technischen Fortschritt weiterhin erzielen zu können. Die Abnahme des Wachstums unserer Investition ist zum Teil unvermeidlich und ein Pendant des abnehmenden Bevölkerungsüberschusses. Aber es ist sicher nicht die Entwicklung, die man längerfristig braucht. Im Bereich der Güterproduktion und Dienstleistungen brauchen wir eine höhere Investitionsquote. Wir brauchen nicht die hohe Quote der Bauinvestition, die wir in der Vergangenheit hatten. Wünschenswert ist es aber sicherlich, daß wir wieder eine höhere Quote der produktiven Investitionen haben.

Auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung segnet in seinem Jahresgutachten 1975/76 die investitionsorientierte Denkweise durch einen ganzen Abschnitt ab, überschrieben mit „Die zentrale Rolle der Investitionen“. Darin heißt es zunächst:

Entscheidungen für Investitionen . . . sind es, über die sowohl der Weg zum wirtschaftlichen Wachstum als auch der Weg zur Vollbeschäftigung führt (Ziffer 296).

In der Diskussion dieser sehr eindeutigen Stellungnahme geht der Rat über die vordergründige Betonung des keynesianischen Multiplikator-Effektes hinaus, der beginnend mit den zusätzlichen Einkommen und Käufen der an der Herstellung der Investitionsgüter Beteiligten, nachfrageanregend durch die Volkswirtschaft schwingt. Statt dessen, so der Rat, bedarf es der investitionsinduzierten *Produktivitätssteigerung*, um den Druck erhöhter Löhne auf die Beschäftigung zu kompensieren. Der Beschäftigungseffekt der Investitionen hängt also neben dem Produktivitätseffekt vom Lohnniveau ab. Je niedriger die Löhne, um so mehr Arbeitsplätze können mit gegebenem Kapitaleinsatz geschaffen werden, aber selbst hohe Investitionen gewährleisten keine Vollbeschäftigung, wenn das Lohnniveau zu hoch ist, namentlich dann, wenn ein großer Teil der Investitionen statt auf Kapazitätserweiterung auf Rationalisierung, d. h. Ersatz von Arbeitskräften abzielt (Ziffer 301).

Ein freilich nicht weiter verfolgter Einwand gegen diese Argumentation findet sich im Gutachten selbst, wenn darauf hingewiesen wird, daß tech-

nischer Fortschritt nicht in Sachkapital verkörpert sein muß:

Manche neuen Produktionszweige werden weniger durch vermehrten Kapitaleinsatz als vielmehr durch die Beschäftigung eines höheren Anteils hochqualifizierter Arbeitskräfte vorangetrieben; ein Ingenieurbüro beispielsweise, das hohe Einkommen zahlen kann, ist im alten Sinne des Wortes nicht besonders kapitalintensiv. Das Kapital liegt hier in der Ausbildung der Menschen (Ziffer 297).

Die Hauptschwäche dieser Beweisführung liegt in der unkritischen Übertragung von Konzepten aus der kurzfristigen Gleichgewichtsökonomik auf die mittel- oder langfristige Problematik der optimalen Investitionsquote. Nur in kurzfristiger Betrachtung ist die Produktion der Investitionsgüter beschäftigungserhöhend. Kapital ist „vorgetane Arbeit“. Mittel- und langfristig vermindern die arbeitsersetzenden Kapitalgüter die laufende Beschäftigung. Darüber hinaus können nachhaltig höhere Investitionen von einer Verminderung der Lohnquote nicht erwartet werden, wenn die Investitionszurückhaltung bereits durch strukturelle Faktoren vorprogrammiert ist. Diese Lücken in der Investitionsdiskussion des Sachverständigengutachtens sind nur kennzeichnend für die Selektivität, mit der die Fachdiskussion überhaupt in dieser wichtigen Frage geführt wird. Was fehlt, ist eine Debatte der Dynamik des güterproduzierenden Sektors in einer späten Phase der Industrialisierung, in der Rohstoff- und Umweltprobleme vordringlich sind. Es fehlt auch die systematische Beschäftigung mit zwei hiermit zusammenhängenden Fragen: Weist die Nachfrage nach den Leistungen des privaten güterproduzierenden Sektors Saturierungssymptome auf? Und welches sind die Bedingungen, unter denen technischer Fortschritt und Vollbeschäftigung auch ohne Investitionsschub erzielbar sind?

Gefahrensignale im Industriesektor

Das Plädoyer für Investitionen wäre überzeugender, wenn demonstriert werden könnte, daß die gegenwärtige Investitionsquote hinter den Erfordernissen der Nachfrage zurückbleibt, und ferner, daß der industrielle Sektor in seinem Investitionsverhalten leistungsfähig und marktgerecht operiert. Um zu prüfen, ob dies der Fall ist, sollen Informationen über die von den Unternehmen erwartete Nachfrage sowie die unternehmerische Rentabilität und Liquidität herangezogen werden.

Tabelle 1 stellt die von den betreffenden Branchen antizipierten Veränderungen der Inlandsnachfrage für die Jahre 1975 bis 1980 ähnlichen, fünf Jahre vorher durchgeführten Schätzungen gegenüber. Aus den Zahlen geht hervor, daß die Unternehmen Ende 1975 per Saldo mit stark ver-

ringerten mittelfristigen Zuwachsraten rechneten. Aufschlußreich sind die branchenspezifischen Unterschiede. Die Investitionsgüterindustrie, besonders die Hersteller von Elektronenrechnern und Baumaschinen, finden sich von der mittelfristigen Nachfrageabschwächung stärker betroffen als die Konsumgüterindustrie, innerhalb derer die traditionellen „Konsuminvestitionen“ (Automobile, Möbel, elektrische Haushaltsgeräte) freilich stark in Mitleidenschaft gezogen sind. Der Schluß drängt sich auf, daß die Vorreiter der industriellen Dynamik in den sechziger Jahren im Begriff sind abzutreten, ohne daß neue Wachstumsbereiche in die Bresche zu springen scheinen.

Tabelle 1
Erwartete reale inländische Nachfrage,
jährliche prozentuale Veränderungen

	1976-1980 1)	1971-1975 2)	Diff.
	%	%	%
Investitionsgüterindustrie (und dazugehör. Zwischenprodukte)			
Maschinen für die Industrie	3	6	- 3
Baumaschinen	1	6	- 5
Elektronenrechner, Büromaschinen	7	14	- 7
Nutzfahrzeuge	3	4	- 1
Elektrotechnische Investitionsgüter	5	8	- 3
Stahlbau	3	5	- 2
Konsumgüterindustrie			
Fahrzeuge und Zubehör	4	5	- 1
Möbel und sonstige Raumausrüstung	3	6	- 3
Elektrische Haushaltsgeräte	3	5	- 2
Unterhaltungselektronik	5	6	- 1
Erzeugnisse für Freizeit und Hobby (z. B. Sport-, Fotoartikel und Spielwaren)	7	6	+ 1
Bekleidung, Wäsche, Schuhe	2	3	- 1
Nahrungs- und Genußmittel	3	4	- 1

1) Erhebung Ende 1975. 2) Erhebung Ende 1970.

Quelle: Ifo-Institut München, Prognose 100. Die Zahlen errechnen sich als arithmetisches Mittel aus den Erwartungen der in die Erhebung einbezogenen Unternehmen einer bestimmten Branche. Die Standardabweichung der Durchschnittszahlen beträgt mehrere Prozentpunkte.

Für die Jahrfünfte seit Beginn der sechziger Jahre zeigt Tabelle 2 für die Bundesrepublik und die USA die Kapital- bzw. Umsatzrentabilität der Unternehmen im Zeitverlauf, den Verschuldungsgrad, die Kapazitätsausnutzung und außerdem die Veränderung der Aktienkurse, bereinigt um die Erhöhung der Lebenshaltungskosten. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache. Die Kapazitätsausnutzung weist in den USA eher eine abnehmende Tendenz auf und dies trotz der Verlangsamung der Investitionstätigkeit. Die Rentabilität hat abgenommen. In beiden Ländern hat sich der Verschuldungsgrad stark erhöht. Den Unternehmen ist es nicht gelungen, hinreichend Gewinne zu erzielen und Eigenkapital zu bilden oder auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Es ist ihnen auch nicht gelungen, ihren Aktionären den

Realwert ihres Aktienvermögens zu erhalten. Horst Albach²⁾ folgert hieraus für Deutschland:

Die Bilanzanalyse zeigt, daß nicht nur der Anreiz, Investitionen zu tätigen, angesichts sinkender Verzinsung des Eigenkapitals abnimmt, sondern daß auch die Möglichkeiten, Investitionen zu finanzieren, immer mehr eingeengt werden . . . Unter diesen Umständen erscheint es wahrscheinlicher, daß die Unternehmen in Zukunft ihre Investitionstätigkeit beschränken müssen, um das finanzielle Gleichgewicht aufrecht zu erhalten, als daß es gelingt, die Kapitalstruktur zu konsolidieren. Mit einer weiter sinkenden Wachstumsrate der deutschen Aktiengesellschaften ist daher aufgrund der Analyse von Kapitalstruktur und Finanzstruktur zu rechnen.

Und Hyman P. Minsky³⁾ interpretiert die amerikanischen Vergleichsdaten wie folgt:

Ungeachtet des Überangebotes an Wohnungen und Büroräumen und industrieller Überkapazitäten haben wir eine Wirtschaftspolitik, die Privatinvestitionen, insbesondere die Bautätigkeit, anregt. Die Marktsignale sind klar: eine hohe Investitionstätigkeit ist gleichbedeutend mit einer unproduktiven Verwendung von Ressourcen. Die Zeit ist gekommen, das Vollbeschäftigungsziel im Rahmen von Strategien zu verfolgen, die mit niedrigeren Investitionsquoten auskommen.

Diese Betrachtung sollte die Bedingungen verdeutlichen, unter denen in einer neuen Umwelt Investitionsentscheidungen stattzufinden haben. Die Stagnation der privaten Investitionstätigkeit ist strukturell und nicht konjunkturell bedingt, sie ist ein globales und nicht ein nationales Problem. Sie ist erklärt durch eine Abschwächung der Zuwachsraten des Sachgüterkonsums, die plausiblerweise auf die Periode ungewöhnlich hoher Expansion der Nachkriegszeit folgt, im langfristigen sektoralen Strukturwandel vorprogrammiert ist und durch die plötzlich zutage getretene Rohstoff- und Umweltproblematik noch akzentuiert wird. Sie ist auch eingebettet in eine ganze Palette mittelfristiger Trends wie niedrigere Kapazitätsauslastung, höhere Unternehmensverschuldung und

²⁾ H. Albach: Zur Entwicklung der Kapitalstruktur deutscher Unternehmen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft Nr. 1/1975, S. 1.

³⁾ Challenge, Juli/August 1975, S. 13.

fallende Gewinne. Es ist in der Wirtschaftstheorie wohlbekannt, daß sich eine Abschwächung der Gesamtnachfrage auf die Investitionsgüternachfrage stärker als auf die Konsumgüternachfrage auswirken pflegt, da Erweiterungsinvestitionen typischerweise in einer solchen Situation unterbleiben (Akzeleratoreffekt). Da der Industriesektor mit einer derart veränderten Grundsituation konfrontiert ist, hat sich die strategische Bedeutung der privaten Anlageinvestition verringert, so daß das Schlagwort von der „Investitionslücke“ hohl klingen muß.

Vordergründige Deutungen

All dies führt zu dem Schluß, daß die gängigen Erklärungen für die Investitionsabschwächung überstrapaziert werden. Vordergründige situationsspezifische Deutungen, wie etwa Hinweise auf die Verschlechterung des „Investitionsklimas“, auf Lohnabschlüsse, die etwas über der Summe von Produktivitätserhöhung und Geldentwertung liegen, oder auf die Erhöhung der Unternehmenssteuern, verbieten sich schon wegen der internationalen Parallelen der Investitions- und Rentabilitätstrends. Diese Diagnose führt auch zu einer Kritik einer investitionsorientierten Wirtschaftspolitik. Jede größere Kapitalspritze zugunsten des gewerblichen Sektors würde das Votum des Marktes ignorieren. In der gegenwärtigen Phase der industriellen Entwicklung dürfte eine Erhöhung des Volumens der Sachinvestitionen als Zielscheibe der Wirtschaftspolitik deshalb wenig geeignet sein, weil die grundlegenden strukturellen Bedingungen hierfür nicht günstig sind, aber auch deshalb, weil der Zusammenhang einer solchen Strategie mit den Zielen der Vollbeschäftigung und des Wachstums durchaus noch ungeklärt ist.

Versuchen wir nun, eben diese Frage nach den Beschäftigungswirkungen von Investitionen durch das Interview mit Dr. Johannes Delfs, dem Leiter des volkswirtschaftlichen Referats der Siemens

Tabelle 2

Rentabilität, dynamischer Verschuldungsgrad von Aktiengesellschaften (außer Banken), Investitionsquote, Kapazitätsauslastung und Realwert des Aktienvermögens in den USA und der BRD

(in %)

	Gewinn nach Steuern ¹⁾		Dynamischer Verschuldungsgrad ²⁾		Anlageinvestitionen als Anteil am BSP		Kapazitätsausnutzung ³⁾		Veränderungen des Realwertes von Aktien ⁴⁾	
	vom Kapital USA	vom Umsatz BRD	USA	BRD	USA	BRD	USA	BRD	USA	BRD
1961-1965	8,3	4,0	6,3	6,1	10,5	15,9	84	87	+ 18	- 32
1966-1970	7,7	3,2	7,4	7,3	9,5	15,0	87	86	- 8	+ 7
1971-1973	5,6	3,4	8,5	10,6	9,8	15,7	79	87	- 34	- 26

¹⁾ US-Daten von William D. Nordhaus: The Falling Share of Profits, Brookings Papers on Economic Activity, 1974, S. 180. Die deutschen Daten von Horst Albach: Zur Entwicklung der Kapitalstruktur deutscher Unternehmen, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Jahrgang 45, 1975, S. 9. — ²⁾ Langfristige Unternehmensschulden in Prozent des jährlichen „cash-flow“; amerikanische Daten von Hyman P. Minsky: Financial Resources in a Fragile Financial Environment, in: Challenge, Juli/August 1975, S. 6 ff.; deutsche Daten von Horst Albach, a. a. O., S. 3. — ³⁾ Güterproduzierende Industrie und Bergbau in den USA, güterproduzierende Industrie in der BRD. — ⁴⁾ Zugrunde gelegt wurden für die USA der Standard & Poor Index, für die BRD der Index des Statistischen Jahrbuchs. Die Veränderungen der Indizes wurden jeweils um die Veränderungen der Lebenshaltungskosten bereinigt.

AG, weiter zu beleuchten. Siemens rechnet mit geringerem gesamtgesellschaftlichem Wachstum als in der Vergangenheit.

Bei Siemens ist die Summe von deutschen und ausländischen Arbeitskräften im Inland zur Zeit rückläufig, so daß wir unsere Produktionssteigerung im Inland ausschließlich über den Weg der Produktivitätssteigerung erreichen werden. Und was für Siemens im einzelnen gilt, gilt auch für die gesamte deutsche Wirtschaft; das Wachstum muß sich in Zukunft bei rückläufiger Bevölkerung im wesentlichen darauf beschränken, was an Produktivitätssteigerung zu erreichen ist.

Nach einer Faustregel bei Siemens erhöht jedes Prozent Wachstum des realen Sozialprodukts den preisbedingten Firmen-Umsatz um rund zwei Prozent. Es ist bezeichnend, daß nicht einmal ein Unternehmen, das überdurchschnittlich stark expandiert, neue Arbeitsplätze schaffen kann.

Nun läßt sich beim gigantischen Siemens-Konzern wie in einem wirtschaftlichen Mikrokosmos die Schwerpunktverlagerung vom Sachkapital zum Bildungskapital erkennen. Dr. Delfs:

Wir haben einen Strukturwandel hin zum Dienstleistungsbereich. Siemens produziert auch in wachsendem Maße Dienstleistung, Ingenieurleistung, Projektierungsleistung. Wir verkaufen in zunehmendem Maße Systeme und nicht

mehr nur Produkte. Das ist also gewissermaßen firmenintern eine Veränderung vom sekundären zum Tertiärsektor. Die Tendenz wird dahin gehen, vermehrt Produkte zu erzeugen, die ein gutes Ausbildungskapital erfordern, weil Ausbildungskapital in den Industrieländern im Vergleich zu den Entwicklungsländern reichlicher und damit billiger vorhanden ist.

Diese Trends werden bei Siemens erkannt und in Planung umgesetzt. Solche Produktionen, die keinen hohen Anteil an qualifizierter Arbeit aufweisen, werden entweder ins Ausland verlagert, oder verminderte Marktanteile werden in Kauf genommen. Die verbleibenden Produktionen beruhen immer weniger auf dem hohen Einsatz konventionellen „Sachkapitals“, immer weniger auf maschinellen Anlagen, die große Mengen an Material mit Hilfe von Facharbeitern zu harten Waren verarbeiten, und immer mehr auf dem Einsatz von Blaupausen, Know-how und Erfahrungen, die mit Hilfe von Ingenieuren und anderen höher qualifizierten Arbeitskräften in „Problemlösungen“ für die Kunden umgesetzt werden, seien diese nun in greifbaren Endprodukten (z. B. elektronischen Steuerungssystemen) verkörpert oder nur in Papier, Magnetbändern oder Expertenkonsultationen.

Hürden auf dem Weg zur Dienstleistungsgesellschaft

Im Falle Siemens erscheint die Anpassung an die neue Umwelt mikroökonomisch lösbar. Freilich sind betriebswirtschaftlich erfolgreiche Anpassungsstrategien wie Wachstumsabschwächung oder Einstellungsstopps volkswirtschaftlich und sozialpolitisch durchaus problematisch. Die Frage ist doch, ob die Schwerpunktverlagerung von der Produktion von Gütern zu Dienstleistungen à la Clark/Fourastié volkswirtschaftlich ebenso kontinuierlich verlaufen kann wie betriebswirtschaftlich, insbesondere ob die von weniger erfolgreichen Unternehmen oder von schrumpfenden Branchen freigesetzten oder nicht eingestellten Arbeitskräfte anderswo absorbiert werden. Nun entfällt ein großer Teil des Dienstleistungssektors auf den öffentlichen Bereich, der in der gegebenen Wirtschaftsordnung als Kostgänger von der Aktivität des privaten Sektors alimentiert wird, d. h. über das Steueraufkommen von der Prosperität dieses Sektors abhängig ist. Kompensatorische Finanzpolitik ist als Instrument der Konjunkturpolitik, nicht aber der Strukturpolitik akzeptiert. Dies gilt im wesentlichen auch für kompensatorische Beschäftigungspolitik. Die Kostgängerrolle des öffentlichen Sektors, die konstitutives Merkmal unserer Wirtschaftsordnung ist, findet ihren ideologischen Niederschlag in der Vorstellung, Leistungen des öffentlichen Sektors seien nicht eigentlich „produktiv“, ein Urteil, das bis auf Adam Smith zurückverfolgt werden kann. Ich zitiere Gerold Tandler, den Generalsekretär der Christlich-Sozialen Union:

VDEW

Betriebsstatistik 1975

DIN A 4, 490 Seiten, DM 267,—

In der Reihe der Jahrgangfolgen der VDEW-Betriebsstatistik liegt der Band 1975 vor. Er bietet mit einer vollständigen Darstellung der Einzelangaben von 693 Elektrizitäts-Versorgungsunternehmen einen umfassenden und zuverlässigen Überblick über die öffentliche Elektrizitätserzeugung und -versorgung in der Bundesrepublik einschließlich Berlin (West).

Im tabellarischen Teil I **Leistung und Arbeit** ist der Firmenname des Unternehmens, der Sitz seiner Verwaltung und die Unternehmensform, die über die Kapitalbeteiligung Auskunft gibt, ausgewiesen.

Der Teil II **Betriebsmittel** enthält die einzelnen Kraftwerke der Unternehmen.

Die **Gesamtergebnisse** fassen die Einzelangaben der Unternehmen in übersichtlichen Tabellen und mehrfarbigen graphischen Darstellungen zusammen.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt bei



**Verlags- und Wirtschaftsgesellschaft
der Elektrizitätswerke mbH – VDEW**
Stresemannallee 23 · Telefon 6 30 41
6000 Frankfurt/Main 70

Aus nationalökonomischer Sicht steht die Gesellschaft vor der Tatsache, daß immer mehr Leute weniger arbeiten und eine immer größere Anzahl von Menschen in Bereichen tätig ist, in denen nichts produziert wird, d. h. daß eine immer kleiner werdende Anzahl von Menschen für einen immer größer werdenden Anteil von Menschen aufkommen muß.

Neben institutionellen und ordnungspolitischen Gründen ist es freilich auch die weithin kritisierte Ineffizienz des staatlichen Bereichs, die eine Ausdehnung dieses Sektors schon an der öffentlichen Meinung scheitern läßt. Es fehlt an einer Debatte darüber, ob und wie die vorstehend skizzierten Hürden auf dem Wege zu einer qualifizierten Dienstleistungsgesellschaft überwunden werden können.

Andere Hürden sind ideologischer Natur. Dem unvoreingenommenen Betrachter erscheint bemerkenswert nicht so sehr, daß sich ein Sektor nach historisch unvergleichlich rascher Expansion konsolidiert, als vielmehr, daß dies als Fehlentwicklung gedeutet wird, daß die Ursachen und Begleitumstände dieses Prozesses ignoriert werden und daß sich das politische Denken auf den vergeblichen Versuch versteift, die Entwicklungsrichtung durch Symptomtherapie umzukehren. Eine Fehlentwicklung der Investitionstrends läßt sich ja auch nur dann konstruieren, wenn der Maßstab des geometrischen Wachstums der Güterproduktion der Beurteilung zugrunde gelegt wird. Hinter der in postkeynesianische Terminologie verpackten Investitionsideologie steht das Weltbild der heutigen Führungskräfte aus Politik und Wirtschaft, die ihre entscheidende Prägung in Zeiten der kontinuierlichen spätindustriellen Expansion nach dem Zweiten Weltkrieg erhalten haben und die typischerweise dann erfolgreich waren, wenn sie riskanter Expansion den Vorzug gaben vor vorsichtiger Konsolidierung. Diese Weitsicht spricht z. B. aus der Antwort des amerikanischen Industriellen Rodman Rockefeiler auf die Frage, welche Vorstellungen aufzugeben ihm am schwersten fallen würde:

Als Geschäftsmann wäre es sehr schwierig für mich, die Vorstellung aufzugeben, daß das nächste Jahr besser als das Vorjahr ist. Wenn man hart arbeitet und die richtigen neuen Ideen hat und diese von den richtigen Mitarbeitern ausführen läßt, dann, so hat man immer geglaubt, wird sich die Leistung in greifbaren Gewinnziffern niederschlagen. Daher glaube ich, daß fast alle Unternehmer selbstverständliche Optimisten sind, rationale Optimisten, und sehr ergebnisorientiert, gezwungen dazu, ergebnisorientiert zu sein. Es wäre sehr deprimierend, sich damit abfinden zu müssen, daß auf lange Zeit hinaus das Ergebnis stagniert oder sich sogar verschlechtert. Ein solcher Glaube würde Verkaufspraktiken und Investitionsgewohnheiten grundlegend ändern, er würde sehr vieles auf den Kopf stellen.

Es ist aber die Vorstellung vom Fortschritt im engen Sinne der vermehrten Produktion und Konsumtion von Gütern, an der hartnäckig festgehal-

ten wird, sogar wenn gewisse Sättigungserscheinungen unübersehbar sind. In den Worten von Bundeswirtschaftsminister Friderichs:

Da habe ich Sorgen: Kaufen die Leute wirklich Güter, die produziert werden, oder geht mehr Geld in den Dienstleistungsbereich, zum Beispiel in Auslandsreisen. Bei der Struktur unserer Volkswirtschaft hängt es jedoch entscheidend davon ab, ob es gelingt, die inländische und ausländische Investitionsgüternachfrage so zu steigern, daß dieses Potential ausgelastet wird.

Und Dr. Schlesinger erhebt seinen Zeigefinger, um die unzureichenden Anstrengungen der Verkäufer von Konsumgütern zu beanstanden:

Die Unternehmen dürfen nicht warten, bis die Geldpolitik oder die Fiskalpolitik zündet, sondern sie müssen auch mehr verkaufen, mit ihrem Angebot attraktiver werden.

Überparteiliche Orthodoxie

Konsumzurückhaltung und mangelnde Verkaufsbemühungen sind also Formen von Fehlverhalten, die den geordneten Ablauf des Wirtschaftsprozesses gefährden. Nun ist die in den vorstehenden Zitaten ausgedrückte Grundhaltung keineswegs als Irrlehre abzuqualifizieren. Sie enthält mehr als nur ein Körnchen Realismus in der Beurteilung der kurzfristigen wirtschaftspolitischen Prioritäten. Ein steigendes Konsum- und Investitionsvolumen ist das Öl, das diese Wirtschaft schmiert und wenigstens ein kleines Stück Weges aus einer Rezession heraus auf dem Tugendpfad des Wachstums voranbringen kann. Mittelfristig erscheint es freilich ausgeschlossen, daß diese Strategie die gewohnten Wachstumsraten der Sachgüterproduktion, geschweige denn akzeptable Arbeitslosenzahlen dauerhaft wiederherstellen könnte. Der nur sehr geringe Rückgang der Arbeitslosigkeit und die fortbestehende Schwäche der Investitionstätigkeit im gegenwärtigen Aufschwung, wiederum sowohl in der Bundesrepublik als auch in den USA, sprechen eine deutliche Sprache.

Eine überparteiliche Orthodoxie hat sich unter dem Zeichen der Rettung der Prosperität zur Verteidigung des industriellen Wachstums zusammengefunden. Sie scheut sich davor, Arbeitslosigkeit und Umweltprobleme als strukturelles Marktversagen zu identifizieren. Die Fiktion, der Markt könne kurzfristig mit diesen Problemen fertig werden, verhindert bisher die längst fällige öffentliche Debatte über die Bedingungen und Voraussetzungen, unter denen Vollbeschäftigung und Produktivitätserhöhung mit geringem Sachkapitaleinsatz erzielt werden können. Insbesondere fehlt es an Rezepten dafür, wie die reichlicher vorhandenen menschlichen Ressourcen stärker genutzt und die knapper werdenden natürlichen Ressourcen geschont werden können und wie die Änderungen der Bevölkerungsstruktur und Konsumentenpräferenzen systemkonform zu verdauen sind.